

Deutschland-München: Bürobedarf
OJ S 6/2023 09/01/2023
Bekanntmachung vergebener Aufträge
Lieferungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Polizeipräsidium München
Postanschrift: Tegernseer Landstraße 210
Ort: München
NUTS-Code: DE212 München, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 81549
Land: Deutschland
E-Mail: pp-mue.muenchen.v2.zvs@polizei.bayern.de
Telefon: +49 89-62161974
Fax: +49 89-62161958
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.deutsche-evergabe.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Agentur/Amt auf regionaler oder lokaler Ebene

I.5. Haupttätigkeit(en)

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Lagerlose Beschaffung von Büromaterial für das Polizeipräsidium München
Referenznummer der Bekanntmachung: V2-8811-0076

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

30192000 Bürobedarf

II.1.3. Art des Auftrags

Lieferauftrag

II.1.4. Kurze Beschreibung

Gegenstand des Vertrages ist eine Rahmenvereinbarung gem. § 103 Abs. 5 GWB i. V. m. § 21 VgV mit einer Laufzeit von drei Jahren mit Verlängerungsoptionen. Diese Rahmenvereinbarung beinhaltet die Belieferung der Dienststellen mit Büroverbrauchsmaterial, aus dem kompletten Büromaterialkernsortiment, sowie aus ggf. dem jeweiligen Handelskatalog des Vertragsnehmers.

II.1.6.

Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.7. Gesamtwert der Beschaffung

Wert ohne MwSt.: 276 000,00 EUR

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

30192000 Bürobedarf

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE212 München, Kreisfreie Stadt

Hauptort der Ausführung: in den Vergabeunterlagen aufgeführt

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Gegenstand des Vertrages ist eine Rahmenvereinbarung gem. § 103 Abs. 5 GWB i. V. m. § 21 VgV mit einer Laufzeit von drei Jahren mit Verlängerungsoptionen gem. Punkt 2.2. Diese Rahmenvereinbarung beinhaltet die Belieferung der Dienststellen mit Büroverbrauchsmaterial, aus dem kompletten Büromaterialkernsortiment, sowie aus ggf. dem jeweiligen Handelskatalog des Vertragsnehmers. Das in der Preiszusammenstellung (Datei 05) genannte Artikelkernsortiment ist an die ca. 150 Dienststellen des Polizeipräsidiums München im Stadtgebiet und Landkreis München zu liefern. Eine Liste mit den genauen Adressen der Dienststellen wird mit Erhalt des Zuschlags zugesendet. Nachfolgende Behörden bzw. Teile von Behörden, mit Lieferadresse in Stadt und Landkreis München, sind zur Bestellung des Büromaterials zu gleichen Konditionen und Preisen dieses Vertrages berechtigt: • Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, München • Staatliches Bauamt München 2, München • Bayerisches Landesamt für Statistik, Dienststelle München • Landesamt für Verfassungsschutz, München • Bayerisches Verwaltungsgericht, München • Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, München • Landesadvokatur Bayern, Dienststelle München

II.2.5. Zuschlagskriterien

Preis

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung

IV.1.8.

Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.1. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2022/S 165-468450](#)

IV.2.8. Angaben zur Beendigung des dynamischen Beschaffungssystems

IV.2.9. Angaben zur Beendigung des Aufrufs zum Wettbewerb in Form einer Vorinformation

Abschnitt V: Auftragsvergabe

Ein Auftrag/Los wurde vergeben: ja

V.2. Auftragsvergabe

V.2.1. Tag des Vertragsabschlusses

16/11/2022

V.2.2. Angaben zu den Angeboten

Anzahl der eingegangenen Angebote: 3

Anzahl der eingegangenen Angebote von KMU: 2

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus anderen EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der elektronisch eingegangenen Angebote: 3

Der Auftrag wurde an einen Zusammenschluss aus Wirtschaftsteilnehmern vergeben: nein

V.2.3. Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde

Offizielle Bezeichnung: Lyreco Deutschland GmbH

Ort: Barsinghausen

NUTS-Code: DE212 München, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 30890

Land: Deutschland

Der Auftragnehmer ist ein KMU: nein

V.2.4. Angaben zum Wert des Auftrags/Loses

Gesamtwert des Auftrags/Loses: 276 000,00 EUR

V.2.5. Angaben zur Vergabe von Unteraufträgen

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3. Zusätzliche Angaben

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern

Postanschrift: Vergabekammer Südbayern

Ort: München

Postleitzahl: 80534

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

- (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen.
- (2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.
- (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.
- (4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

04/01/2023